

Menschenrechte benötigen unseren Schutz

Erhard Sudhaus

Vor 70 Jahren, am 10. Dezember 1948, verabschiedeten die Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Sie ist eine historische Errungenschaft der Staatengemeinschaft. „Die 30 Artikel garantieren allen Menschen universelle und unteilbare Rechte: das Recht, vor Folter und Verfolgung geschützt zu sein, zu denken und zu sagen, was man möchte, zu glauben, an was man möchte, zu heiraten, wen man liebt“, sagt Markus N. Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland. Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ war und ist noch immer revolutionär, weil in ihr die Grundlage für ein friedliches und faires Zusammenleben aller festgelegt wird. Wir finden: Hierfür lohnt es sich unbedingt einzustehen – gerade hier und heute. Die Menschenrechte verpflichten in erster Linie Staaten dazu, sie nicht zu verletzen – und zu gewährleisten, dass Menschen sich gegen staatliche Übergriffe vor einem Gericht zur Wehr setzen können.

In Deutschland haben wir schon vieles erreicht. Das Grundgesetz entstand kurz nach der Verabschiedung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ und war stark von dieser beeinflusst. In

unserer Verfassung sind nicht nur die Würde des Menschen, sondern auch unsere grundlegenden Rechte wie die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit oder das Diskriminierungsverbot festgeschrieben. Sie sind Grundlage unseres rechtsstaatlichen, demokratischen Selbstverständnisses und unserer offenen freiheitlichen Gesellschaft. Wir nutzen unsere Menschenrechte in unserem Alltag so selbstverständlich, dass wir häufig gar nicht mehr wahrnehmen, dass wir sie haben. Wenn wir auf sie verzichten müssten, würden wir das sehr schnell merken. Das ist natürlich gut, aber es bedeutet nicht, dass deswegen alles in Ordnung ist. In der Praxis werden die Menschenrechte auch bei uns viel zu oft verletzt. Zum Beispiel, wenn wir massenhaft staatlich überwacht werden, Polizeigewalt nicht angemessen untersucht wird oder Frauen für dieselbe Arbeit weniger Geld bekommen als Männer. Ganz zu schweigen davon, dass Menschen, die einer nichtchristlichen Religion angehören oder nicht „typisch deutsch“ aussehen, bei uns täglich Rassismus erfahren.

Daher gilt es, auch für die Menschenrechte in Deutschland einzutreten, denn viele Menschen nehmen inzwischen in Bezug auf Rassismus und Flüchtlingsschutz eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Deutschland wahr. Wir erleben, dass Firmen und Staaten uns stärker ausspähen als jemals zuvor. Mehrere neue Polizeigesetze machen es leicht, ohne Anlass zu überwachen. Unter dem Aspekt „Sicherheit“ geraten die Menschenrechte häufig in den Hintergrund. Sicherheit und Menschenrechte sind aber gar kein Gegensatz – auch wenn dies oft behauptet wird, um Eingriffe in unsere Freiheiten zu rechtfertigen. Menschenrechte schaffen vielmehr Sicherheit: Sie sorgen für „geordnete Verhältnisse“, in denen

Freiheiten ausgelebt werden können. Sie schützen davor, dass der Staat willkürlich verhaftet, überwacht oder misshandelt. Und sie sorgen dafür, dass sich Bürger vor Gericht gegen Anklagen wehren können – gerade in unsicheren Zeiten.

Wir sehen, dass die Macht der Unternehmen die Ungleichheit in der Welt verstärkt. Geld spielt in der Politik eine viel zu große Rolle. Es geht um die Ungerechtigkeit des Klimawandels, von dem die ärmsten Länder, aber auch die ärmsten Bevölkerungsgruppen in den reicheren Ländern besonders betroffen sind. Menschen, die zu meist nicht für den Klimawandel verantwortlich sind, deren Menschenrechte aber überproportional vom Klimawandel betroffen sind.

Weltweit gerät die unabhängige Zivilgesellschaft unter Druck: In den vergangenen Jahren sind in mindestens 50 Ländern grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien durch aggressive neue Vorschriften ausgehöhlt worden. Deren alleiniger Zweck ist es, die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu erschweren oder direkt unmöglich zu machen. „Mehr und mehr Regierungen, sei es in Staaten wie Ägypten, Indien, Russland oder Ungarn, schränken durch restriktive Gesetze systematisch Meinungsfreiheit und zivilgesellschaftliches Handeln ein, um Kritiker zum Schweigen zu bringen“, sagt Markus N. Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland. Die Bundesregierung ist gefragt, sie kann und sollte die Initiative ergreifen und gemeinsam mit anderen Staaten auf die Einhaltung menschenrechtlicher Standards drängen.

Menschenrechte brauchen Menschenrechtsverteidiger, vor allem junge Leute. Man muss ihnen Hoffnung geben, etwas verändern zu können. Man muss ihnen zeigen, wo bereits etwas verändert wurde.



Foto: Amnesty International/
Jens Liebchen